



## Muss Religion verfassungskonform sein?

In der Debatte um den Anti-Islam-Kurs der AfD weist der frühere Verfassungsrichter Dieter Grimm darauf hin, dass Religionen nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sein müssen. Diese Frage sei müßig, schreibt er in einem Gastbeitrag für die "Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Mehrere AfD-Politiker hatten in den vergangenen Wochen betont, bestimmte muslimische beziehungsweise islamistische Positionen seien nicht mit dem Grundgesetz vereinbar.

Dies verlange das Grundgesetz gar nicht, betont Grimm. Die Religionsfreiheit gewährleiste vielmehr, "dass die Glaubensgemeinschaft den Inhalt ihres Bekenntnisses und die daraus folgenden Verhaltensanforderungen an die Gläubigen selbst bestimmt". Keine der Weltreligionen könnte existieren, wenn sie ihre Inhalte an den jeweiligen Staatsverfassungen ausrichten müsste: So wäre auch der Katholizismus nicht mit dem Grundgesetz vereinbar, etwa durch das Heiratsverbot für Priester.

Davon zu unterscheiden sei die Frage, welche "Verhaltensanforderungen an die Gläubigen der freiheitliche demokratische Staat hinzunehmen hat und welche er verbieten kann", führt der Rechtswissenschaftler aus. Glaubensgemeinschaften könnten ihre Inhalte zwar frei bestimmen, aber nicht ungehindert verwirklichen. "Freiheit der Religion gibt es in multireligiösen Gesellschaften nur, wenn es keiner Religion gestattet ist, ihre Wahrheit allgemeinverbindlich zu machen."

Auch die freiwillige Unterwerfung unter religiöse Vorschriften werde durch grundgesetzliche Prinzipien begrenzt, so Grimm, etwa durch die Menschenwürde.

## Bischof Kräutler fordert Reformen fürs Priesteramt

Der emeritierte Amazonasbischof Erwin Kräutler hat Reformen in der katholischen Kirche bezüglich des Priesteramts angemahnt. "Wir müssen dringend die Zulassungsbedingungen zum Weihenpriestertum überdenken", sagte er vor Journalisten in Osnabrück. Das Zustandekommen einer Eucharistiefeier dürfe nie davon abhängen, ob ein zölibatär lebender Priester vorhanden ist.

Kräutler verwies auf einen Vorschlag des aus Deutschland stammenden langjährigen katholischen Missionsbischof von Aliwal in Südafrika, Fritz Lobinger. Dieser spreche sich dafür aus, dass Gemeinden ohne Priester durch ein "Team of Elders", eine Gruppe sogenannter Ältester, geleitet werden. Er empfehle, diese Ältesten zu ordinieren, damit sie mit ihren Gemeinden Eucharistie feiern können.

"Es sind also nicht Priester, die von Ort zu Ort ziehen und mal hier, mal dort der Eucharistie vorstehen ohne eine tiefere Beziehung zur Gemeinde zu haben, sondern sie sind für ihre und nur für ihre Gemeinde da." Sie könnten einem Zivilberuf nachgehen und müssten auch nicht wirklich alt, sondern vielmehr in der Gemeindeleitung erfahren sein, "unabhängig davon, welchen Alters oder Geschlechts sie sind".

Die immer wieder vertretene These, "viri probati" (bewährte Männer) zu weihen, habe er immer als diskriminierend empfunden. "Welche Kriterien machen einen Mann zum 'vir probatus'? Oder andersherum: Sind denn zölibatäre Priester von vornherein 'viri probati'?"

Es fordere nicht eine Debatte für oder gegen den Zölibat, betonte der langjährige Bischof der brasilianischen Amazonasdiözese Xingu. Sich für ein eheloses Leben zu entscheiden, um ganz für Gott und sein Volk da sein zu können, sei eine besondere Gnade und solle nie abgeschafft werden. Es gehe aber um die Erfüllung des Auftrags Jesu: "Tut dies zu meinem Gedächtnis".

Der 76-Jährige kritisierte die Zusammenlegung von Gemeinden als "Palliativtherapie", die nur versuche, den zunehmenden Priestermangel zu lindern.

## Prager Kardinal: Merkel hat Angst erzeugt

Der Prager Kardinal Dominik Duka nimmt sein Land gegen den Vorwurf mangelnder Aufnahmebereitschaft für Flüchtlinge in Schutz. Im einem Interview mit der Zeitung "Lidove no-

viny" gab er Bundeskanzlerin Angela Merkel Mitschuld an einer Spaltung der deutschen Gesellschaft und an der Angst der Europäer vor den Flüchtlingen.

Duka verweist in dem Interview u.a. auf Unterschiede zwischen den europäischen Katholiken und Papst Franziskus in der Flüchtlingsfrage: "Die Empfindsamkeit von Franziskus für die soziale Problematik ist eine andere als unsere in Europa." Das habe mit der Herkunft des Papstes aus Lateinamerika zu tun; dort sei die Schere zwischen Armen und Reichen sehr viel größer.

Der Kardinal erklärte, dass Tschechien nicht in der Lage sei, große Mengen von Flüchtlingen aufzunehmen. "Wir haben hierfür keine Tradition und auch keine Leute, die mit den Flüchtlingen kommunizieren könnten."

## **Neues Verwaltungszentrum des Erzbistums München-Freising**

Am 25. April haben 442 von rund 850 kirchlichen Mitarbeitern ihre Büros im neuen Ordinariatsgebäude der Erzdiözese München und Freising im Zentrum der bayerischen Landeshauptstadt bezogen. Die Immobilie war bereits 2006 für knapp über 90 Millionen Euro vom Erzbistum aufgekauft worden. 2011 begannen Umbau- und Sanierungsarbeiten, die 55 Millionen Euro kosteten.

Das Gebäude ist nach Auskunft von Generalvikar Peter Beer „barrierefrei erschlossen“. Die Kosten für Möblierung beliefen sich auf 1,1 Millionen Euro. Die Ausstattung mit Informationstechnik kostete 1,8 Millionen Euro, und der Umzug der Mitarbeiter schlug mit 250.000 Euro zu Buche. Durch die Aufgabe von angemieteten Räumen, so Beer, spare die Erzdiözese nun jährlich 871.000 Euro.

## **Papstbrief an Hans Küng zur Unfehlbarkeitsdebatte**

Hans Küng hat kürzlich Post aus dem Vatikan bekommen. Wie der Tübinger Theologe mitteilte, habe Papst Franziskus auf seinen im März abgesandten Brief geantwortet, in dem er für eine ergebnisoffene Diskussion über die „Unfehlbarkeitsproblematik“ plädiert hatte. Das Dogma, das auf dem Ersten Vatikanischen Konzil 1870 verabschiedet worden war, gilt als eine der größten Belastungen für die Ökumene und wird selbst von Katholiken mehrheitlich als „überholt“ abgelehnt.

Küng erklärte, dass der Papst seinem Wunsch entsprochen habe, „einer freien Diskussion des Dogmas der Unfehlbarkeit Raum zu geben“. Dieser neue Freiraum, so Küngs Folgerung, müsse genutzt werden, „um die Klärung der in der katholischen Kirche und in der Ökumene umstrittenen dogmatischen Festlegungen voranzutreiben“.

## **Betroffene fordern mehr Transparenz bei Verfahren der Glaubensbehörde**

Eine internationale Gruppe von 15 katholischen Bischöfen, Priestern, Schwestern und Laien hat dem Vatikan konkrete Vorschläge für ein stark überarbeitetes Verfahren der römischen Glaubenskongregation gemacht. Sie alle haben persönliche Erfahrungen mit der intransparenten Vorgehensweise dieser Behörde und kritisieren eine mangelnde Ausrichtung des Gremiums an den urchristlichen Werten von Gerechtigkeit, Wahrheit, Integrität und Barmherzigkeit. Die Theologinnen und Theologen aus Australien, USA, Irland und Spanien wandten sich an die Öffentlichkeit, weil sie auf ihre Vorschläge aus Rom keine Antwort erhalten hatten.

Die Glaubenskongregation, so die Verfasser des Schreibens, praktiziere „Rechtsprinzipien, Verfahren und Haltungen des Absolutismus des 16. und 17. Jahrhunderts in Europa“. Diese stünden in eklatantem Widerspruch zu den derzeit akzeptierten „Vorstellungen von Menschenrechten, Rechenschaftspflicht und Transparenz, wie sie die Welt von einer christlichen Gemeinschaft erwartet und wie sie auch die katholische Kirche von weltlichen Organisationen einfordert.“

In acht Punkten verdeutlichen die Unterzeichner des Briefes, zu denen u.a. der gemäßregelte australische Bischof William Morris, die amerikanische Loretto-Schwester Jeannine Gramick

und der irische Ordenspriester Tony Flannery gehören, wie sich das herrschende Verfahren ändern müsse und wie die einzelnen Verfahrens-Schritte transparenter werden könnten.

## **Diözesanrat des Bistums Aachen: Nächstenliebe hat Vorrang**

Nach der Veröffentlichung des Apostolischen Lehrschreibens "Amoris Laetitia" fordert der Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen eine rasche Verbesserung der Situation von wiederverheirateten Geschiedenen in der Kirche. Die deutschen Bischöfe, so der Ratsvorsitzende Lutz Braunöhler, könnten für eine schnelle, „tragfähige Lösung“ u.a. auf das Hirtenwort der oberrheinischen Bischöfe Oskar Saier, Karl Lehmann und Walter Kasper von 1993 zurückgreifen. Dieses hatte ausführliche Vorschläge für die "seelsorgliche Begleitung von Menschen aus zerbrochenen Ehen, Geschiedenen und wiederverheirateten Geschiedenen" gemacht. Die Nächstenliebe, so Braunöhler, sei nach den Worten von Papst Franziskus „das vorrangige Gesetz der Christen“.

Eine Wiederezulassung von wiederverheirateten Geschiedenen zu den Sakramenten und zur aktiven Teilnahme am kirchlichen Leben sei das Ziel. Lutz Braunöhler fordert eine einheitliche Regelung für ganz Deutschland: "Es darf nicht sein, dass betroffene Christinnen und Christen in Hamburg eine andere Behandlung erfahren als in München, in Aachen eine andere als in Erfurt."

## **Burundi: Gefahr eines neuen Bürgerkriegs**

Im ostafrikanischen Burundi ist nach Ansicht von vielen Beobachtern in den vergangenen Monaten die Gefahr eines neuen Bürgerkriegs gewachsen. Als Hauptgrund für diese Gefahr nennen sie den Beschluss von Staatspräsident Pierre Nkurunziza im April 2015, für eine dritte, verfassungswidrige Amtszeit die Regierungsgeschäfte zu führen. Nkurunziza war dafür vor allem seitens der katholischen Kirche scharf kritisiert worden.

Unter Berufung auf Röm 13,1, wonach es keine staatliche Gewalt gibt, die nicht von Gott stammt, nimmt der Präsident ein „göttliches Mandat“ für sich in Anspruch, tritt auf den von seinem Regierungsteam organisierten „Glaubenskreuzzügen“ regelmäßig als Prediger auf und bezeichnet seine Gegner pauschal als „Feinde Burundis“ und als „Verbündete Satans“. Die katholischen Bischöfe des Landes hat er wiederholt „Terroristen“ genannt.

## **Rolle der Ordensfrauen**

Nach Auffassung der Präsidentin der österreichischen Vereinigung der Frauenorden (VFÖ), Schwester Beatrix Mayrhofer, sind Ordensfrauen weltweit aufgerufen, mit dem völlig veralteten Rollen-Image der Klosterfrauen zu brechen. Denn längst seien sie keine Kindergartentanten, Köchinnen, Putzkräfte und Messnerinnen mehr. Leider sei das Bild von den „frommen Dienerinnen“ innerkirchlich noch stark verfestigt, erklärte Mayrhofer. „Wir müssen diesen klerikalen Mittelbau überwinden und sagen: Liebe Herren, eure Vorstellung von Ordensfrauen stammt noch aus alten Seminarszeiten. Und die Sakristei müsst ihr selber aufräumen.“

## **Dialog mit Piusbrüdern**

Papst Franziskus erklärte in einem Interview mit der französischen Tageszeitung „La Croix“, dass er den Dialog mit der traditionalistischen Piusbruderschaft fortsetzen werde.

Die 1969 vom französischen Erzbischof Marcel Lefebvre gegründete Priesterbruderschaft St. Pius X. lehnt zentrale Bestandteile der Konzilsbeschlüsse ab. Dies betrifft vor allem Aussagen zu Liturgie, Religionsfreiheit und Ökumene.

Die seit längerem erörterte Schaffung einer Personalprälatur für die Piusbrüder nannte Franziskus „eine mögliche Lösung“. Zuvor müsse es jedoch eine „grundlegende Übereinkunft“ geben. Ob es sich dabei um die Unterzeichnung der vom Vatikan 2011 vorgelegten sogenannten Präambel handelt, blieb offen. Zuletzt war in Rom spekuliert worden, Franziskus könnte theologische Abstriche an den Forderungen gegenüber der Piusbruderschaft machen und möglicherweise auf eine Annahme des Dokuments durch die Traditionalisten verzichten.

Franziskus war im April erstmals zu einem Gespräch mit dem Oberen der traditionalistischen Piusbrüder, Bernard Fellay, zusammengetroffen. 2015 war der Papst den Piusbrüdern überraschend entgegengekommen, als er allen Gläubigen gestattete, während des derzeitigen Heiligen Jahres auch bei Priestern der Bruderschaft zu beichten. In jenem Schreiben betonte Franziskus: „Ich vertraue darauf, dass in naher Zukunft Lösungen gefunden werden können, um die volle Einheit mit den Priestern und Oberen der Bruderschaft wiederzugewinnen.“ Mitte Mai gab Fellay gegenüber der US-amerikanischen Wochenzeitung „National Catholic Reporter“ bekannt, dass es für die Bruderschaft „keinen Kompromiss“ geben werde.

## **Skandal um Berater des Vatikans**

Der bekannte französische Priester und Psychotherapeut Tony Anatrella, Mitglied des Päpstlichen Rates für die Familie und Teilnehmer der letztjährigen Familien-Synode, steht seit Wochen unter dem schweren Verdacht, mit „angehenden Klerikern während der Therapie Sex gehabt zu haben“.

Anatrella hatte in der Vergangenheit wiederholt vor den Gefahren von „Schwulen-Lobbies“ und vor „Gender-Ideologien“ gewarnt und bei einem Kurs für neu ernannte Bischöfe in Rom die Auffassung vertreten, dass Diözesanbischöfe „generell nicht verpflichtet sind, pädophile Vergehen von Priestern staatlichen Behörden zu melden“.

Dem widersprach Kardinal Sean O'Malley, Chef der Päpstlichen Kinderschutz-Kommission. In einer Pressemitteilung erklärte er es als moralische und ethische Pflicht aller Kirchenmitglieder („über die staatliche Strafgesetzgebung hinaus“) jedweden Verdacht des sexuellen Missbrauchs in kirchlichen Einrichtungen den zuständigen zivilen Behörden zu melden.

## **Muslim wird neuer Oberbürgermeister von London**

Bei den Wahlen zum Amt des Londoner Oberbürgermeisters hat im Mai dieses Jahres der muslimische Kandidat der Arbeiterpartei, Sadiq Khan, den Sieg davon getragen. Der Jurist ist pakistanischer Abstammung.

An die Adresse des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump gerichtet, vertrat Khan die Ansicht, dass dieser „noch viel dazulernen muss“. Trump hatte zuvor verkündet, dass er bei dem von ihm geforderten strikten „Einreiseverbot für Muslime“ für Londons neuen OB eine Ausnahme machen würde, falls Khan zu Besuch in die USA kommen möchte.

## **Selbstkritische Reflexion?**

Franz-Peter Tebartz-van Elst, der frühere Bischof von Limburg, ist Ende Mai 2016 erstmals wieder seit seinem – nicht ganz freiwilligen – Rücktritt im Oktober 2013 in der Öffentlichkeit aufgetreten. Er hielt im Campo Santo Teutonico in Rom, als Delegat im Päpstlichen Rat für die Neuevangelisierung zuständig für die Katechese, vor der Görres-Gesellschaft einen Vortrag über „Wider das Verstummen. Warum die Kirche Katechese braucht“. Er sprach damit zu „seinem“ Thema, das ihn schon seit seiner Promotion 1993 und der Habilitation 1998 verfolgt, womit er auch eine Professur für Pastoraltheologie und Liturgiewissenschaft an der Universität Passau – zum Erstaunen vieler Fachkollegen - erlangen konnte.

Man durfte also tiefeschürfende Ausführungen eines Pastoraltheologen und Katechetikers erwarten. Stattdessen erging sich Tebartz-van Elst, wenn man der FAZ vom 23. Mai 2016 („Tebartz-van Elst fordert Selbstkritik“, S. 4) glauben darf, in Kirchenkritik - was eine kritische Zeitschrift wie *imprimatur* ja grundsätzlich nur gutheißen könnte, wenn, ja wenn die ‚Richtung‘ nur stimmen würde! Er forderte zu einer „selbstkritischen Reflexion“ über die religiöse Unterweisung auf, die „nicht auf das Verkürzte oder Kuschelige – Achtung: Tautologie! - reduziert werden“ dürfe. Er kritisierte auch generell eine vermeintliche Offenheit der Kirche, die nicht zu einer Nichtregierungsorganisation zum „Bespäßen oder Unterhalten“ werden dürfte, sondern eine „Kontrasterfahrung“ anbieten müsse, um der „Welt Größeres entgegenzusetzen“. In diesem Zusammenhang nannte er den Schriftsteller Navid Kermani vorbildlich, der als Muslim bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels tat, was sich die Kirche oft nicht mehr traue: zum Gebet aufrufen. Von Kermani bzw. seinem „Weckruf“ könne Kirche lernen, ihre „Versuchung zum Schweigen“ zu überwinden. Seine ei-

gene diesbezügliche Versuchung hat der Vortragende offenbar nicht ganz überwunden: Er lehnte Journalistenfragen nach seiner Rede ab.

Das erübrigt eigentlich jeden weiteren Kommentar. Ältere Kundige unter den etwa 60 Zuhörern werden sich vielleicht an das Jahr 1983 und die zwei Katechetischen Reden in Frankreich des damaligen Präfekten der Glaubenskongregation, Kardinal Joseph Ratzinger, erinnert gefühlt haben. Sie lösten damals einigen Unmut aus. Solcher dürfte Tebartz-van Elst erspart bleiben – dazu kommt dieses „remake“ zu spät und ist inhaltlich zu dürftig.